

## **Für die GRÜNEN geht es einmal ums Überleben und um ihre Erneuerung im Sinne ihrer urgrünen Grundwerte.**

Daran gemessen hat *Patrik Schwarz* (*Taz* v. 25. 5. in „*kleine Dinosaurier*“) recht: Die Grünen „erkennen sich selbst nicht mehr“. Dort kann er sie sich „ohne Macht nicht mehr vorstellen.“ Einen „Neustart“ sieht er nach „extrem darwinistischer Anpassung“ nicht, was auch „keine Sache des Austauschs von einigen Köpfen sei“, sondern eines „neuen Selbstverständnisses“.

Diese über fällige „Erneuerung“ kann nicht aus dem Geiste der 68er kommen, die sich in den Wendejahren der Kapitalisierung Gesamtdeutschlands unterwarfen, des „Siegere im Systemstreit“. So verkündete Joschka Fisher in „Die Linke nach dem Sozialismus“ (1990/91): Ökologisch-soziale Politik ist künftig nur im Kapitalismus möglich, „zu dem es keine Alternative gebe.“

Sieben Jahre rot-grün zeigten, dass es unter Bedingungen der Kapitalverwertung: Zuerst Kapitalrendite/Mehrwert und dann Entlohnung der Arbeit und dann Umwelt und dann Frieden, die öko-sozialen Reparaturkolonnen immer weiter hinter den vom absoluten Vorrang des Kapitalertrags erzeugten Öko- und Sozialschäden hinterherhinken.

Beide Parteien missachteten die Vorschläge ihrer liberalsozialen Arbeitskreise, die einen DRITTEN WEG zum Kapitalismus und sog. Ex-Sozialismus vertreten.. Zum anderen treten sie für den geldpolitischen DRITTEN WEG umlaufgesicherten Geldes ein (Die TAZ informierte darüber im letzten Jahr in Berichten über die Bücher des Geldanalytikers Helmut Creutz und mit Aufsätzen/Interviews von ihm) als ALTERNATIVE zu den beiden Theorien und Politiken, die systemimmanent am Vorrang des Kapitals vor Arbeit, Sozialem, Umwelt und Frieden nicht kratzen und daher von allen dem Kapitalsystem dienenden Parteien angewandt wurden und werden: Ab 1969 versuchten SPD-Regierungen (Brandt/Schmidt) mit der sog. keynesianischen Nachfragepolitik die heraufziehende Krise des Kapitalismus zu stoppen und erreichten das Gegenteil. Nach 12 Jahren übergaben sie der Regierung Kohl eine von Vollbeschäftigung (149.000) auf 1,8 Mill. gesteigerte Arbeitslosigkeit, eine Staatsschuld von 700 Mrd. DM und ca. 2-3 Millionen Sozialhilfeempfänger. In 16 Jahren steigerte H. Kohl mit Hilfe der Angebotspolitik des sog. Neoliberalismus diese Zahlen und zwar schon vor der Einheit. Rot-grün steigerte mit dem Mix beider Theorien alle Werte. Beide Theorien sind ungeeignet die Dauerkrise des Kapitalismus, die sich zu seiner Endkrise auszuweiten droht, zu stoppen.

Eine Erneuerung der GRÜNEN kann nicht mit den Kräften erfolgen, die die Partei unter Aufgabe der grünen Ur- und Grundwerte dem Kapitalssystem unterwarfen. Das gilt für die 68er, die vorher ihre „marxistischen Grundwerte“ über Bord warfen – oder halten sie diese für geeignetere Zeiten nur unter der Decke? - das gilt aber auch für später hinzugekommene, die nicht den „Umweg über die grünen Grundwerte“ gingen, sondern im Sinne J. Fischers den Kapitalismus politisch, ökologisch und sozial einrahmen“ wollen, so die Fraktionssprecherin Karin Göring-Eckard in „Profil-grün“ 05/05. Diese Politik hat in 7 Jahren den Kapitalismus verfestigt. So die von Fraktion und Vorstand getragene Agenda 2010 mit ihrer verfehlten Gesundheitsreform, die die fortschreitenden Verkrankung des Volkes nicht bessern kann, weil sie das Krankheitssystem zu einer Finanzfrage reduziert, was auch die angestrebte Bürgerversicherung tut. Dann der gesamte Komplex HARTZ, der die Kosten der Krise des Kapitalismus nicht den Nutznießern der Krise wie des Systems auflädt, sondern die Opfer zur Kasse bittet, womit das soziale Unrecht des Systems, die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, verschärft wird. Und das geschieht auch durch die Steuer-„reform“, die ganz gering die niedrig Verdienenden mit 1-2% entlastet, was durch Gesundheitsreform meist aufgefressen wird, während hohe Einkommen mit 6-7% entlastet werden. Bei ersteren macht das wenige 100 Euro im Jahr aus. Bei Leuten mit ½ Million und 1 Million Euro Jahreseinkommen geht das in einige 10. 000 Euro im Jahr.

Von hoher Besteuerung der Kapitalgewinne ist bei rot-grün nie die Rede gewesen, für die ein jährliches Gesamtaufkommen von ca. 500 Mrd. Euro zur Verfügung stünde, ca. das Doppelte des Bundeshaushalts! Dieses soziale Unrecht wird nicht einmal kritisiert Und dabei werden diese Milliarden nicht durch eigene Arbeit verdient, sondern durch Kapitaldiktat: Ohne Geld – und ohne Boden keine Arbeit. Also müssen alle unter dem Damoklesschwert des jederzeit möglichen Kapitalstreiks und der jederzeit möglichen Bodensperre die Monopol – Bedingungen des Geld und Bodenkapitals schlucken – und das in einer Demokratie.

Weil diejenigen, die grün in die Misere führten, die nächste Fraktion bilden werden, kann die Erneuerung nur über 2-3 Wahlzeiten erfolgen, bis von der Basis, z. B. aus den über 100 Delegierten, die 2002 den liberalsozialen Anträgen zum Geld- und Bodenrecht zustimmten, genügend Mitstreiter nachgewachsen sind, die von den Urgrünen vom liberalsozialen Arbeitskreis DRITTER WEG und Gründern der grünen Vorpartei, der GLU, GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ von 1977/79 das politische Handwerkszeug übernehmen. Deshalb ist es nötig, dass alle, die im liberalsozialen DRITTEN WEG Chancen für eine soziale, ökologische und gewaltfreie Republik sehen, sich jetzt nicht von linken Träumen anstecken lassen und erst einmal aktiv in die innergrünen Klärungsprozesse eingreifen, denn mit „linkem, antikapitalistischen Populismus“, mehr traut *Patrik Schwartz* der Lafontainschen Truppe nicht zu, kann man zwar in den Bundestag kommen, aber keine antikapitalistische Politik machen, zumal auch einer neuen Linken nur die alte „keynesianische“ Nachfragepolitik zur Verfügung steht. Weiter ist das „linke Lager“ ( SPD, GRÜNE, WASG, PDS) nicht gekommen. Sollen die Fehler der Linksregierungen wiederholt werden – und Arbeitslosigkeit mit Staatsaufträgen, finanziert per Inflation, Schulden oder Mehrwertsteuer (bei den Reichen geht das nicht, weil die mit Kapitalstreik und Flucht in die internationale Spekulation antworten und die Wirtschaft total lähmen würden) – was dann Herr Lafontaine und Herr Gysi? Weil das erst nach der Wahl zu diskutieren ist, wäre es doch gut, wenn das ziemlich sichere Hineinkommen einer „vereinigten Linken“ nicht mit dem Herauswurf von grün erkaufte würde: Eine „vereinigte Linke“ übt auf viele unzufriedene Grüne eine große Anziehungskraft aus. Zwar würde bei Verlust der Parlamentsmacht der grüne Erneuerungsprozess schneller ablaufen, weil viele, die für die Anpassung der Partei an den Kapitalismus verantwortlich sind, dann woanders ihre politische Heimat finden würden, falls sie sich nicht der Erneuerung stellen wollen. Und mit grün könnte es rechnerisch eine Mehrheit links von Angela Merkel geben. Und wenn ihr „antikapitalistischer Populismus“ nicht durch umlaufgesichertes Geld abgesichert und dadurch machbar würde, ist auch ihr wirtschaftspolitisches Scheitern vorprogrammiert und würde die Diskussion nicht nur für die Erneuerung von grün, sondern von links im Sinne eines DRITTEN WEGES freimachen.

Georg Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Sprecher der Liberalsozialen in den GRÜNEN, früher Vorsitzender der GLU.

e-Mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de) – [www.alternativen.biz](http://www.alternativen.biz)